



Sessionsbericht – Herbstsession

Rapport de session – Session d'automne

09. September bis 27. September 2019

Von Michael Mandl, Fraktionssekretär

50. Legislatur: Ein Hoch auf die Stabilität

Mit dem Ende der Herbstsession 2019 geht gleichzeitig auch die letzte Session der 50. Legislatur zu Ende. Eine Legislatur die von diversen Medien und vor allem vom Märchenonkel Christian Levrat als verlorene Legislatur bezeichnet wurde. Wie bereits im [Blog](#) unseres Fraktionspräsidenten NR Beat Walti zu lesen war, gibt es dazu von Seiten der FDP nur ein müdes Lächeln. Es ist ja allgemein bekannt, dass es die Sozialisten mit den Zahlen nicht so genau nehmen. Aber es lohnt sich ein Blick auf die Statistik. Der Vergleich der letzten drei Legislaturen zeigt nämlich, dass es keine merklichen Veränderungen bei den verabschiedeten Bundesbeschlüssen gibt und auch die vom Parlament versenkten Geschäfte stabil geblieben sind. Ein Blick auf die parlamentarischen Vorstösse zeigt zudem, dass bis zum jetzigen Zeitpunkt im beiden Räten zusammen 5'446 Vorstösse eingereicht wurden (Motionen, Postulate, Pa.lv. und Interpellationen). Der Vergleich zu früheren Legislaturen – 5'537 (49. Legislatur), 5'251 (48. Legislatur) – beweist, es gibt auch hier keine merklichen Veränderungen.

Rechnen wir das mal auf die Anzahl Sitzungstage der letzten vier Jahre herunter, sind das doch stolze 25 Vorstösse pro Sitzungstag. Und da sind die ganzen Fragen und Anfragen noch gar nicht mal miteingerechnet (nochmals rund 3000 Interventionen)! Schön wäre es ja, wenn sich alle Autoren dieser zahlreichen Vorstösse an der Qualität der FDP orientieren würden. Dass dies nicht der Fall ist, beweist ein kurzer Blick auf die abstrusen Vorstösse der ablaufenden Legislatur wie etwa die Förderung von Schalldämpfer für Waffen zur Reduktion der Lärmbelastung oder die Einführung einer steuerlichen Abzugsfähigkeit von Ferien in der Schweiz. Der Ausflug in die Statistik zeigt uns aber vor allem auch, dass das Schweizer Polit-System funktioniert! Völlig unabhängig von irgendwelchen theoretischen Mehrheiten ist und bleibt es äusserst stabil. Anstatt also immer die gleichen Weltuntergangsstimmung zu verbreiten, sollten wir uns regelmässig daran erinnern, dass die Konsensdemokratie weiterhin das stabilste und beste politische System der Welt ist.

Speziell für die FDP war die 50. Legislatur neben den parlamentarischen Erfolgen auch dank der personell verstärkten Fraktion und zwei überzeugenden Bundesratsersatzwahlen ein Erfolg. Die FDP als liberaler Pol geht gestärkt aus dieser Legislatur hervor und hat bewiesen, dass eine pragmatische und lösungsorientierte Politik weiterhin am erfolgreichsten ist. Nicht umsonst haben wir in dieser Legislatur gesamthaft betrachtet die meisten Gesamtabstimmungen im Parlament und Volksabstimmungen gewonnen. Leider müssen wir mit dem Ende dieser Herbstsession auch von insgesamt neun Fraktionsmitgliedern Abschied nehmen. An sie alle geht ein ganz grosses Dankeschön für die erfolgreiche, kollegiale Zusammenarbeit und den Einsatz für die Schweiz und natürlich für die FDP.

1. Financement uniforme ambulatoire/stationnaire

Le Conseil national, avec le soutien actif du groupe libéral-radical, a fait un pas important vers ce qui serait la réforme la plus importante du système de santé depuis plusieurs années : l'introduction d'un financement uniforme pour les secteurs ambulatoires et stationnaires.

Une même prestation coûte jusqu'à deux fois et demi plus cher en stationnaire – soit lorsque le patient reste au moins une nuit à l'hôpital – qu'en ambulatoire. Un transfert du premier vers le second est donc souhaitable, aussi bien du point de vue financier que sanitaire, puisque moins un patient passe de temps à l'hôpital, moins il a de risque de contracter une infection. Actuellement, les coûts d'une prestation en stationnaire sont partagés entre les cantons (55%) et les assureurs maladie (45%), alors que ceux en ambulatoire sont couverts exclusivement par les assurances. Un transfert du stationnaire vers l'ambulatoire, sans adaptation du financement, conduirait donc à une hausse massive des primes. Pour éviter ces effets collatéraux négatifs, les cantons et les assurances maladie doivent assumer une part identique dans le financement du stationnaire et de l'ambulatoire. Une mesure indispensable pour diminuer la part des hospitalisations et parvenir à potentiellement économiser plus d'un milliard de francs par année. Dans son papier de position « [Nouvel élan pour le système de santé suisse](#) », adopté il y a exactement une année, le PLR revendiquait déjà l'instauration rapide du financement uniforme.

Pour d'obscurs motifs idéologiques, le PS s'oppose à cette réforme, précipitant ainsi le système de santé droit dans le mur, avec un envol des primes. L'objectif poursuivi par les socialistes étant l'étatisation complète du secteur de la santé, peu importe si cela doit se faire au détriment des payeurs de primes. Cette opposition à une solution concrète pour freiner la hausse des coûts est irresponsable, tout comme l'initiative populaire dite des 10% qui ne ferait que reporter la hausse des coûts de la santé sur la collectivité.

2. Nochmals über die Bücher bei der Paar- und Familienbesteuerung

Der Bundesrat schlug zur Abschaffung der Heiratsstrafe ein Modell vor, bei welchem die veranlagende Behörde in einem ersten Schritt die Steuerbelastung der Ehepaare im Rahmen der gemeinsamen Veranlagung berechnet. In einem zweiten Schritt berechnet sie eine alternative Steuerbelastung, die sich an die Besteuerung von Konkubinatspaaren anlehnt. Das Ehepaar schuldet bei diesem Modell den tieferen der beiden Beträge. Im Ergebnis ist die alternative Steuerberechnung eine Tarifkorrektur, die gezielt eine allfällige Benachteiligung von Ehepaaren bei der Steuerberechnung aufhebt. Der Ständerat ist nicht überzeugt, dass der Bundesrat damit die optimale Lösung gefunden hat und weist daher die Vorlage an diesen zurück, damit er nochmals alternative Modelle, inklusiv der Individualbesteuerung, prüft.

Die FDP unterstützt seit jeher die Individualbesteuerung und begrüsst daher die Rückweisung. Das Bundesratsmodell schafft administrative Aufwände für die kantonalen Behörden, ohne dass das Problem an der Wurzel gepackt wird. Das bundesrätliche Modell ist Pflasterlipolitik, welche zu anderen Problemen führt, die wiederum korrigiert werden müssen. So drohe etwa eine Mehrbelastung von Alleinstehenden und Konkubinatspaaren mit Kindern, wenn dort nicht Korrekturen vorgenommen würden. Andrea Caroni (FDP/AR) stellte fest, er anerkenne, dass gewisse Ehepaare bei der Bundessteuer benachteiligt würden. Doch diese legendäre Heiratsstrafe werde in vielen Kantonen durch kantonale Heiratsboni "mehr als aufgehoben". Hinzu kämen Eheprivilegien bei den Sozialversicherungen. Caroni plädierte daher für eine zivilstandsneutrale Vorlage.

Im Kontext der Vorlage steht auch die Volksinitiative der CVP zur Abschaffung der Heiratsstrafe. 2016 hat das Stimmvolk diese äusserst knapp abgelehnt. Weil der Bund falsche Zahlen vorgelegt hatte, entschied das Bundesgericht später, dass die Abstimmung aufzuheben sei. Wird die Initiative nicht zurückgezogen, muss der Urnengang wiederholt werden. Ob die CVP die Initiative zurückzieht, hängt davon ab, ob sich das Parlament auf gesetzliche Regeln einigen kann. Ein Rückzug der Initiative ist möglich, bis der Bundesrat den Abstimmungstermin festlegt. Dies muss vor dem 27. Mai 2020 geschehen. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat, welcher der Rückweisung zustimmen oder ablehnen kann.

3. Abzugsfähigkeit von Kinderdrittbetreuungskosten wird endlich erhöht

Bei der direkten Bundessteuer (DBST) sollen Eltern künftig die Kosten für die Kinderdrittbetreuung bis maximal 25'000 Franken pro Jahr und Kind vom Einkommen abziehen können. Heute liegt der Betrag bei 10'100 Franken. Kurzfristig führt die Massnahme bei der DBST zu Mindereinnahmen von rund 10 Millionen Franken, wovon die Kantone 1,7 Millionen Franken (17%) zu tragen hätten. Die Vorlage erfolgt im Rahmen der Fachkräfteinitiative (FKI), die zum Ziel hat, negative Erwerbsanreize im Steuersystem zu reduzieren. Die Erwerbsanreize werden gestärkt, insbesondere für gut qualifizierte Mütter. Kurz- bis mittelfristig ist mit einer Zunahme um schätzungsweise 2500 Vollzeitstellen zu rechnen. Auf längere Sicht ist davon auszugehen, dass sich die Massnahme aufgrund der positiven Beschäftigungsimpulse selber finanziert.

Die FDP hatte diese Erhöhung schon länger gefordert und ist erfreut, dass dies nun endlich umgesetzt wird. Das Parlament hat zudem beschlossen, die allgemeinen Kinderabzüge ebenfalls zu erhöhen, von 6'500 auf 10'000 CHF. Dies senkt die steuerliche Last von Familien generell. Die Kosten der Vorlage erhöhen sich dadurch (geschätzt werden mindestens 350 Millionen). Die FDP hat diese Erhöhung zuerst abgelehnt, aber schlussendlich im Sinne eines Kompromisses unterstützt. Es stehen zudem nicht viele familienpolitische Vorlagen vor dem Abschluss und hier kann rasch Erleichterung geschaffen werden.

4. Tourismusförderung bekommt etwas mehr Geld

Mit der Botschaft unterbreitet der Bundesrat dem Parlament fünf Finanzierungsbeschlüsse zu den Instrumenten E-Government, Innotour, Schweiz Tourismus, Exportförderung sowie Standortpromotion. Damit soll deren Finanzierung, die Ende 2019 ausläuft, in den Jahren 2020-2023 fortgeführt und weiterentwickelt werden. Insgesamt beantragt der Bundesrat 373,1 Millionen Franken. Für die Jahre 2016-2019 waren es 374,2 Millionen Franken. Im Mittelpunkt stehen weiterhin die KMU-Politik, die Tourismus- und Regionalpolitik sowie die Aussenwirtschaftsförderung.

Die Räte haben das Geschäft nun verabschiedet und waren grosszügiger als der Bundesrat. Das Parlament erhöhte den Betrag für die Agentur Innotour, welche die Innovation, Zusammenarbeit und den Wissensaufbau im Tourismus fördert. Dabei hatte der Bundesrat 22,8 Millionen Franken beantragt, das Parlament sprach nun 30 Millionen Franken. Den Zahlungsrahmen für Schweiz Tourismus, der den Löwenanteil des Pakets ausmacht, erweiterte das Parlament von 220,5 auf 230 Millionen Franken.

Für die FDP war von Beginn weg zentral, dass mit den Geldern Innovation gefördert wird, statt Strukturwandel zu hemmen. Wir stellten uns schlussendlich nicht gegen die Erhöhungen. Die jetzt bewilligten Zahlungsrahmen sollten aber nur ausgeschöpft werden, wenn dies auch wirklich notwendig ist und die Mittel sinnvoll eingesetzt werden können.

5. Ein Datenschutzgesetz auf der Höhe der Zeit

Das Schweizer Datenschutzgesetz (DSG) trat 1993 in Kraft. Seither hat sich die Technologie in grossen Schritten weiterentwickelt. Um das Datenschutzgesetz an das Internetzeitalter anzupassen, wird es derzeit totalrevidiert. Ein zweiter Grund für die Totalrevision besteht darin, das DSG an die europäischen Datenschutzstandards (EU und Europarat) anzugleichen. Letzteres ist für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Wirtschaft wichtig, denn der Datenverkehr ist grenzüberschreitend. Mit der Revision profitieren User in Zukunft von erhöhter Transparenz bei der Datenbearbeitung durch Unternehmen und erhalten mehr Kontrollmöglichkeiten. Die Unternehmen müssen ihrerseits neue Sorgfaltspflichten erfüllen.

Nach der zweijährigen Beratung in der SPK-N drohte der Revision im Rat der Totalabsturz: Während die SVP das Gesetz als zu bürokratisch ablehnte, empfanden die Linken die Fassung der Kommissionsmehrheit als zu wirtschaftsfreundlich. Vor der Drohkulisse einer potenziellen unheiligen Allianz hat die FDP im Hintergrund mit den konstruktiven Kräften einen Kompromiss geschmiedet, mit dem sowohl die Wirtschaft wie auch die Mehrheit des Nationalrats gut leben können. Dank diesem Effort nahm das Gesetz die erste Hürde Nationalrat. Zwar konnte noch nicht in allen Punkten eine für alle Seiten zufrieden-

stellende Lösung gefunden werden, wovon auch die vielen Enthaltungen in der Schlussabstimmung zeugen (98:68:27). Aber die Beratung geht nun in den Zweitrat, der gewisse sensible Themen – namentlich das Profiling – noch einmal vertieft anschauen wird.

Die FDP hat der Vorlage aus mehreren Gründen hohe Priorität beigemessen. Erstens ist Datenschutz ein urliberales Anliegen, geht es hierbei doch um den Persönlichkeitsschutz (Stichwort „Gläserner Bürger“). Zweitens ist die Modernisierung des veralteten Gesetzes notwendig. Drittens ist eine Angleichung an die europäischen Standards sinnvoll, denn unterschiedliche Datenschutzstandards verursachen bei den Unternehmen unnötige Doppelspurigkeiten und Mehraufwände. Genau aus diesem Grund hat die FDP stets gefordert, auf jeglichen „Swiss finish“ zu verzichten. Die Vorlage des Nationalrates entspricht über weite Strecken den Forderungen der FDP.

6. Klare Positionen bei der Kündigungsinitiative

Einmal mehr sorgte eine Volksinitiative über die Zuwanderung für emotionale Diskussionen im Nationalrat. Der Nationalrat musste die Beratung zur Kündigungsinitiative („Für eine massvolle Zuwanderung“) aufgrund einer schier endlosen Rednerliste auf zwei Termine stückeln. Das grosse Redebedürfnis könnte man unter dem Titel „gelebte Demokratie“ abhandeln. Jedoch waren die verschiedenen Meinungen schnell erschöpft, sodass sich im Verlauf der langen Debatte weder neue noch erhellende Einsichten ergaben. Die Positionen der Parteien waren von Anfang an klar: Die FDP und alle anderen Parteien ausser der SVP lehnen die Kündigungsinitiative ab.

Die Kündigungsinitiative verlangt die Ausserkraftsetzung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU auf dem Verhandlungsweg. Gelingt dies innerhalb eines Jahres nicht, muss der Bundesrat das Personenfreizügigkeitsabkommen nach weiteren 30 Tagen einseitig kündigen. Die Erfahrungen nach der Masseneinwanderungsinitiative und auch der Blick nach Grossbritannien zeigen deutlich, dass der Marktzugang zum EU-Binnenmarkt – notabene der weltgrösste Binnenmarkt und der wichtigste Absatzmarkt für die Schweizer Wirtschaft – nicht ohne Personenfreizügigkeit zu haben ist. Natürlich kann man im Initiativtext von einer Verhandlungslösung fantasieren, realistisch ist eine einvernehmliche Lösung trotzdem nicht.

Die unilaterale Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens würde eine negative Kettenreaktion auslösen, denn aufgrund der „Guillotine-Klausel“ würden alle Verträge der Bilateralen I ebenfalls aufgelöst werden. Das hätte für die Schweizer Wirtschaft einschneidend negative Folgen, denn sie verlöre dadurch ihren privilegierten Zugang zum Binnenmarkt und damit einen wichtigen Standortvorteil. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die Personenfreizügigkeit und die Bilateralen I nicht nur der Wirtschaft nützen, sondern auch den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern. Die Freizügigkeit trägt einer mobiler werdenden Gesellschaft Rechnung und ermöglicht es uns allen auf unkomplizierte Weise in einem europäischen Land eine Arbeit anzutreten oder ein Studium zu beginnen.

7. Erster Schritt zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge

Der Ständerat hat sich am Montag der dritten Sessionswoche mit einem erfreulich klaren Entscheid für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ausgesprochen. Die FDP unterstützt dieses wichtige Geschäft, denn die Modernisierung der Luftabwehr ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Die Luftwaffe ist das Rückgrat der Armee, ohne die sie ihrem verfassungsmässigen Auftrag, namentlich der Verteidigung von Land und Menschen, nicht nachkommen kann. Zur Erfüllung des Luftpolizeidienstes und zur Sicherung der Hoheit über den Schweizer Luftraum ist eine moderne Flugzeugflotte auch in Friedenszeiten absolut unabdingbar.

Die aktuelle F/A-18-Flotte erreicht im Verlauf der 2020er Jahre das Ende ihrer Nutzungsdauer. Die politischen Weichen zur Erneuerung der Luftabwehr müssen jetzt gestellt werden, damit die Schweiz nicht in eine sicherheitspolitische Lücke ohne Luftverteidigung gerät. Die FDP unterstützt im Ständerat den Finanzrahmen von sechs Milliarden Franken, denn vor dem Hintergrund der durchschnittlichen Betriebsdauer von 30 Jahren ist dieser Preis keinesfalls zu hoch angesetzt. Aus Sicht der FDP ist diese Investition in die Sicherheit unseres Landes unabdingbar, denn erstens sind verlässliche langfristige Prognosen in die internationale Lageentwick-

lung nicht möglich und zweitens brauchen wir auch in Friedenszeiten einen Luftpolizeidienst – was die über 300 Einsätze pro Jahr verdeutlichen.

Im Ständerat gab vor allem die Frage der Höhe der Offset-Kompensationen zu reden. Der Bundesrat rückte im vergangenen Frühling plötzlich von seiner langjährigen Offset-Policy ab. Statt den üblichen 100 Prozent wollte er plötzlich nur noch 60 Prozent des Gesamtwerts durch Gegengeschäfte kompensieren lassen. Die FDP erachtet diesen Prozentsatz als zu tief angesetzt. Die Erhöhung der Offset-Kompensationen ist wirtschaftlich und regionalpolitisch relevant, denn Offsets dienen Schweizer Firmen als Türöffner in andere Märkte. Zudem stärken Offsets dank Technologietransfers die sicherheitspolitische Autonomie der Schweiz. Aus diesen Gründen hat sich die Mehrheit des Ständerats und der FDP für 100 Prozent ausgesprochen.

8. Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub – ein akzeptabler Kompromiss

Väter erhalten nach der Geburt ihres Kindes künftig zwei Wochen bezahlten Urlaub. Nach dem Ständerat stimmte in der Herbstsession auch der Nationalrat inklusive der Mehrheit der FDP Fraktion diesem Vorschlag zu. Es handelt sich um den Gegenvorschlag zur Volksinitiative, welche vier Wochen fordert. Die Initiative empfahl die Mehrheit des Nationalrates wie bereits der Bundesrat zuvor zur Ablehnung. Die gesetzliche Lösung kann umgesetzt werden, wenn die Initiative an der Urne von Volk und Ständen abgelehnt wird oder wenn das Initiativkomitee sein Begehren zurückzieht.

Die zweiwöchige Lösung ist nicht die von der FDP präferierte Version. Die FDP denkt bereits weiter. Der bestehende Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen soll nach Ansicht der FDP durch einen flexiblen 16-wöchigen Elternurlaub ersetzt werden. Die ersten acht Wochen nach der Geburt sind dabei zwingend reserviert für die Mutter. Dann sollen die weiteren acht Wochen flexibel und einvernehmlich auf beide Eltern verteilt werden können. Ein solcher flexibler Elternurlaub bricht im Gegensatz zu einem starren Vaterschaftsurlaub die traditionellen Rollenbilder auf und stärkt ein liberales Familienbild, in welchem beide Elternteile unabhängig von ihrem Geschlecht zum Wohl des Kindes beitragen.

Die FDP setzte sich in der vorbereitenden Kommission des Nationalrats für dieses Modell ein und die FDP-Ständeräte reichten im Juni sogar eine entsprechende Motion ein. Leider fand man in keinem der Räte dafür eine Mehrheit.

Weil die FDP aber mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf vorwärts kommen und die laufenden Diskussionen nicht blockieren will, stimmte die Fraktion dem indirekten Gegenvorschlag für einen Vaterschaftsurlaub von zwei Wochen als akzeptablen Kompromiss zu.

9. Die E-ID kommt! Ein Referendum wohl auch.

Mit der Zustimmung beider Räte zum Bundesgesetz über die elektronischen Identifizierungsdienste (BGEID) in dieser Herbstsession gelang ein grosser Schritt, damit die Schweiz das Potential der Digitalisierung ausschöpfen kann. Das BGEID schafft den notwendigen gesetzlichen Rahmen für einen sicheren elektronischen Kontakt zwischen den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und der Verwaltung.

Während der Session war lange unklar, ob das BGEID zustande kommen würde. Differenzen zwischen National- und Ständerat prägten das Bild. Zwar war mit dem «ja» zur Aufteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Privaten der umstrittenste Punkt der Vorlage bereits in der Sommersession geklärt worden. Die Thematik der Herausgabe der E-ID durch Private beschäftigte die Räte aber weiterhin. So ging es in der Herbstsession darum, die Befürchtungen der Gegner einer privaten Herausgabe aufzunehmen und diese mit konstruktiven Massnahmen zu entkräften. National- und Ständerat waren sich über die Ausgestaltung dieser Massnahmen aber zuerst uneinig. Dank konstruktiven Anträgen mitunter der FDP konnten jedoch schlussendlich die letzten offenen Fragen geregelt werden. Die dabei beschlossene Einführung einer unabhängigen Aufsichtsbehörde (eidgenössische E-ID-Kommission), die Konkretisierung der Datenschutzvorschriften und die Einführung einer subsidiären Kompetenz des

Bundes zur Herausgabe von E-ID, stellen das künftige E-ID-System auf eine sichere und vertrauenswürdige Grundlage.

Die Kritiker liessen sich jedoch nicht überzeugen. Für sie muss die E-ID allein vom Staat herausgegeben werden. So wurde trotz der beschlossenen Massnahmen bereits das Referendum angekündigt. Bis zum Ablauf der Referendumsfrist muss daher abgewartet werden, um das BGEID als definitiv beschlossen ansehen zu können.

10. Ein griffiges CO2-Gesetz zugunsten des Klimaschutzes

Die Totalrevision des CO2-Gesetzes ist ein wichtiger Schritt hin zur Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens, das die Schweiz ratifiziert hat und hinter dem auch die FDP klar steht. In der dritten Sessionswoche hat der Ständerat mit einer sehr deutlichen Mehrheit ein breit abgestütztes, mehrheitsfähiges Massnahmenpaket beschlossen. Die FDP hat dabei eine zentrale Rolle gespielt und konnte die von ihrer Basis gestärkte freisinnige Umwelt- und Klimapolitik in der vorbereitenden Kommission zu grossen Teilen einfließen lassen. Damit wurde ein weiterer Beweis erbracht, dass die FDP gewillt ist, zu einer pragmatischen und zielführenden Klimapolitik beizutragen.

Mit dem vom Ständerat verabschiedeten CO2-Gesetz wird ein klarer Zielpfad festgelegt, der sich an den Zielen des Pariser Klimaübereinkommens orientiert und es der Schweiz ermöglicht, bis 2030 ihre Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 zu halbieren und davon 60% mit Massnahmen im Inland umzusetzen. Mit Hilfe der FDP konnten diverse Massnahmen beschlossen werden, die allen Branchen konkrete Zielwerte vorgeben, anhand derer sich die Wirtschaft, der Gebäudesektor und der Verkehr orientieren können. So wurden zum Beispiel CO2-Grenzwerte für den Verkehr definiert, die sich klar an den EU-Standards anlehnen. Im Flugverkehr beschloss der Rat eine Lenkungsabgabe mit einem Klimafonds, die auf Antrag der FDP in der Kommission zustande gekommen war. Zudem wurden auch für die Gebäude verpflichtende CO2-Grenzwerte definiert, die bereits ab 2023 greifen werden. Ebenfalls sehr erfreulich ist die Ausweitung der bewährten Zielvereinbarungssysteme für Unternehmen, damit noch mehr Firmen zu einer möglichst effizienten Reduktion von CO2-Emissionen beitragen können.

Die von der FDP im Ständerat eingebrachte Position orientiert sich an den liberalen Grundsätzen Eigenverantwortung, Innovation und Kostenwahrheit. Diese Position wird auch in der anstehenden Beratung des CO2-Gesetzes in der UREK des Nationalrates von der FDP-Deputation eingebracht. Es gilt nun die gute Vorarbeit des Ständerates aufzunehmen und in einigen Bereich zu präzisieren bzw. umsetzungsfreundlicher zu gestalten. So oder so ist das Gesetz auf gutem Wege, auch wenn bereits von der SVP ein Referendum angedroht wird. Das kann man wohl als unproblematisches Wahlkampfgetöse abhacken.

11. Vereinigte Bundesversammlung (VBV)

Bundesanwalt. Wahl für die Amtsperiode 2020-2023: Die vereinigte Bundesversammlung (vbv) hat Bundesanwalt Michael Lauber im Amt bestätigt, mit 129 von 243 gültigen Stimmen, bei einem absoluten Mehr von 122 Stimmen. Ein knappes Ergebnis war zu erwarten gewesen.

Bundesgericht. Wahl von vier ordentlichen Richtern/Richterinnen: Für die per Ende 2019 zurücktretenden Bundesrichter/innen hat die vereinigte Bundesversammlung Sonja Koch, Thomas Müller und Beatrice van de Graaf (alle SVP) sowie Michael Beusch (SP) gewählt.

Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft (AB-BA). Wahl eines Mitglieds. Aufgrund des angekündigten Rücktritts von Tamara Erez wurde die Stelle für den Rest der Amtsperiode 2019 – 2022 neu ausgeschrieben. Die VBV hat mit 225 Stimmen Luzia Vetterli zum neuen Mitglied der AB-BA gewählt.

12. Geschäfte beider Räte

Infrastructures d'agglomération : Les agglomérations bénéficieront d'une enveloppe de 1,412 milliard de francs pour résoudre leurs problèmes de trafic. Les Chambres fédérales ont libéré les crédits destinés aux projets de troisième génération. La dernière divergence – le contournement d'Oberburg près de Berthoud (BE) – a été éliminée en conférence de conciliation. Au final, 32 projets ont été retenus. Le nouveau Fonds pour les routes nationales et le trafic d'agglomération (FORTA), pour lequel le PLR s'était activement engagé et qui a été accepté en février 2017 par le peuple, assurera le financement de ces projets de la troisième génération et évitera un renchérissement du prix de l'essence.

Schengen-Weiterentwicklung: Die Schweiz kann sich an der EU-Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen eu-Lisa beteiligen. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat zugestimmt. Er genehmigte mit 133 zu 49 Stimmen bei 4 Enthaltungen eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Schweiz, Norwegen, Island und Liechtenstein auf der einen und der EU auf der anderen Seite. Die Agentur eu-Lisa ist für den Betrieb der Schengen/Dublin-Datenbanken zuständig. In der Vereinbarung sind die Modalitäten der Schweizer Beteiligung geregelt. Die Schweiz muss einen jährlichen Beitrag an die Agentur leisten, der sich nach dem Bruttoinlandprodukt richtet. Die FDP unterstützte dieses Geschäft, nachdem sie es 2012 noch an den Bundesrat zurückgewiesen hatte. Damals waren die finanziellen Auswirkungen zu wenig klar absehbar. Nachdem der Bundesrat nun eine Zusatzvereinbarung geschlossen hat, stimmte das Parlament deutlich zu.

Armeebotschaft: Das Parlament will für Armeematerial und Immobilien über 2 Milliarden Franken ausgeben. Mit dem Geld sollen Lücken bei der Aufklärung und der Logistik geschlossen werden. Umstritten war in beiden Räten der Kauf neuer Minenwerfer für 118 Millionen Franken. Der Ständerat behandelte als Zweitrat die Armeebotschaft 2019, bestehend aus Rüstungsprogramm (861 Millionen Franken), Krediten für Armeematerial (762 Millionen Franken) und dem Immobilienprogramm (414 Millionen Franken). Umstritten waren die 118 Millionen Franken für 300 neue Mörser. Eine Minderheit um Géraldine Savary (SP/VD) wollte auf die Mörser verzichten, unterlag aber mit 10 gegen 30 Stimmen. Die FDP unterstützt die Armeebotschaft.

Stellenmeldepflicht: Der Bund wird sich künftig an den Kosten für die Kontrolle der Stellenmeldepflicht beteiligen. Das entspricht einer Forderung der FDP. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Gesetzesgrundlage dafür gutgeheissen. Die grosse Kammer stimmte mit 120 zu 56 Stimmen für die Bundesbeteiligung. Die Vorlage ist damit bereit für die Schlussabstimmung. Die Räte haben beschlossen, die Regelung bis Ende 2023 zu befristen. Dies ermögliche es dem Parlament, in vier Jahren die Rolle des Bundes beim Vollzug der Stellenmeldepflicht durch die Kantone zu überprüfen, befand die Mehrheit. Mit der Stellenmeldepflicht hatte das Parlament 2016 die Masseneinwanderungsinitiative umgesetzt.

Urheberrechtsgesetz: Nach jahrelangen Diskussionen steht das neue Urheberrecht. In dieser Session war nur noch ein Punkt umstritten. Es ging dabei um die Frage, ob Hotels, Spitäler und Gefängnisse für die Verwendung öffentlicher Werke in ihren Räumen weiterhin zahlen müssen oder nicht. Der Nationalrat wollte die Abgabe zunächst abschaffen - vor allem zur Entlastung der Hotels, die für TV-Geräte in den Zimmern zahlen müssen. Er lenkte aber schlussendlich ein und ist dem Ständerat gefolgt. Die Abgabe wird beibehalten. Die Gegnerinnen und Gegner der Abschaffung hatten vor Konflikten mit internationalen Bestimmungen gewarnt. Die Revision hatte das Ziel das Urheberrecht ans Internetzeitalter anzupassen. Ein Vorhaben, welches die FDP von Anfang an unterstützte. Mit der Bereinigung der letzten Differenz in dieser Session konnte diese Aktualisierung nun abgeschlossen und damit ein wichtiger Schritt getan werden, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Jagdgesetz: Der Schutz der Wölfe vor dem Abschuss wird in der Schweiz gelockert, und auch andere geschützte Tiere können geschossen werden, wenn durch sie Schaden droht. Geschützte Tiere dürfen gemäss dem revidierten Gesetz zur Bestandesregulierung abgeschossen werden. Im Gesetz nicht genannt werden indes der Biber und der Luchs. Das Gesetz gibt dem Bundesrat allerdings die

Kompetenz, weitere geschützte Tierarten für die Bestandsregulierung zum Abschuss freizugeben. Die Räte haben das revidierte Jagdgesetz bereinigt und Anträgen der Einigungskonferenz zugestimmt. In der Schlussabstimmung wurde das Gesetz dann auch mit einer grossmehrheitlichen Zustimmung der FDP (NR: 19:7:7; SR: 11:1) angenommen. Damit erhalten vor allem die Kantone mehr Kompetenz in der Bestandesregulierung. Das letzte Wort dürfte aber das Volk haben, denn das Referendum ist bereits angekündigt und SP und Grüne haben ihm Unterstützung zugesichert.

13. Geschäfte des Nationalrats

Übergangsbestimmungen im CO2-Gesetz: In einem durchsichtigen Manöver hat Mitte-Links versucht, über eine parlamentarische Initiative Burkart im Nationalrat einzelne Massnahmen im CO2-Gesetz zu verankern, die eine Verschärfung der Klimapolitik durchs Hintertürchen verlangte. Und das obwohl im Ständerat gleichzeitig die eigentliche Totalrevision des CO2-Gesetz behandelt wurde. Die FDP konnte dieses Manöver verhindern und sich für eine sinnvolle, begrenzte Verlängerung der Massnahmen nach 2020 einsetzen. Das wurde nötig, weil die eigentliche Totalrevision aufgrund der Ablehnung in der Gesamtabstimmung höchst wahrscheinlich zu spät in Kraft tritt. Mit der Zustimmung zur Umsetzung der Pa.IV. Burkart ist der Weg frei für eine fundierte, inhaltliche Debatte zur Totalrevision des CO2-Gesetzes.

Plastikmüll: Das Parlament sagt dank der FDP dem Plastikmüll den Kampf an. Der Nationalrat hat sich oppositionslos für eine vom Ständerat abgeänderte Motion ausgesprochen, die auf einen Antrag von NR Jacques Bourgeois zurückgeht. Dadurch soll die Plastikverschmutzung in Gewässern und Böden reduziert werden. Konkret verpflichtet das Parlament den Bundesrat, gemeinsam mit den betroffenen Branchen Massnahmen zu prüfen und zu ergreifen, um die Verwendung von Plastikverpackungen und Einweg-Kunststoffprodukten innert nützlicher Frist erheblich zu reduzieren. Dabei soll neben der Belastung durch Makroplastik auch diejenige durch Mikroplastik berücksichtigt werden.

AIA: Die Schweiz soll den automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuersachen mit 19 weiteren Staaten einführen (Albanien, Aserbaidschan, Brunei, Dominica, Ghana, Kasachstan, Libanon, Macao, die Malediven, Nigeria, Niue, Pakistan, Peru, Samoa, Sint Maarten, Trinidad und Tobago, die Türkei, Vanuatu und Oman). Der Nationalrat hat den entsprechenden Bundesbeschlüssen zugestimmt, inkl. FDP. Dagegen stellte sich die SVP. Es handle sich um Staaten, die rechtsstaatlich nicht mit der Schweiz vergleichbar seien, argumentierte Matter. Die Sprecher anderer Fraktionen betonten, dass vor dem Datenaustausch geprüft werde, ob die Voraussetzungen erfüllt seien. Nur dann würden tatsächlich Daten geliefert. Das hob auch Finanzminister Ueli Maurer hervor.

Kurzarbeit: Angestellte sollen während des Bezugs von Kurzarbeits- oder Schlechtwetterentschädigung keine Zwischenbeschäftigung mehr suchen müssen. Der Nationalrat hat oppositionslos Änderungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes angenommen. Angepasst werden auch die Voraussetzungen für die Verlängerung der Höchstbezugsdauer der Kurzarbeitsentschädigung. Eine andauernde erhebliche Arbeitslosigkeit soll nicht länger Voraussetzung sein. Zudem soll die Höchstbezugsdauer nicht nur in besonders hart betroffenen Regionen und Branchen verlängert werden können. Künftig soll der Bundesrat mehr Spielraum haben beim Entscheid, die Höchstbezugsdauer zu verlängern. Als Indikatoren sollen die Anzahl der Voranmeldungen zum Bezug von Kurzarbeitsentschädigung und die Arbeitsmarktprognose des Bundes dienen. Die FDP hat die Vorlage unterstützt. Diese geht nun an den Ständerat.

Proches aidants : Le Conseil national a adopté un projet prévoyant d'une part d'introduire un congé indemnisé de 14 semaines pour s'occuper d'un enfant gravement malade et d'autre part d'accorder aux employés la possibilité de s'absenter pour soigner un proche. Cette reconnaissance du travail important fourni bénévolement permettra une meilleure conciliation entre activité professionnelle et prise en charge d'un proche malade. Le PLR soutient ce projet. Concernant le congé de 14 semaines, qui doit être pris en l'espace de 18 mois et sera indemnisé par les APG, il n'émet pas de réserve. Par contre, pour ce qui est des congés de courte durée, les Libéraux-Radicux ont tenté – sans succès - de réduire le nombre de

cas annuels couverts et de définir plus strictement le cercle des bénéficiaires. Les coûts directs et indirects de ces congés doivent en effet rester supportables pour les employeurs.

Admission médecins : Le Conseil national s'est penché pour la seconde fois sur le projet de réglementation de l'admission des fournisseurs de prestations. Contre l'avis du groupe libéral-radical, une majorité de la chambre basse a renoncé à accorder aux cantons la possibilité d'assouplir l'obligation de contracter. Dans un autre registre, les limitations que pourront fixer les cantons s'appliqueront à un ou plusieurs domaines de spécialité ou dans certaines régions. Les cantons ne pourront pas admettre de nouveau médecin dans un domaine de spécialité si les coûts annuels par assuré augmentent davantage que ceux des autres domaines de spécialité dans le canton ou que la moyenne suisse pour ce domaine. L'admission à pratiquer doit être couplée avec des charges sur le caractère économique et la qualité des prestations et leur non-respect doit être sanctionné. Le National confirme par ailleurs que ce projet sur le pilotage ne doit entrer en vigueur que si le financement uniforme ambulatoire/hospitalier est lui aussi adopté. Pour le PLR, il s'agit d'une condition sine qua non à l'adoption de la présente réforme. Le Conseil des Etats effectuera une 2^{ème} lecture de ce projet durant le prochain trimestre.

Freihandelsabkommen mit Indonesien: Der Nationalrat stimmt dem Freihandelsabkommen mit Indonesien zu, mit 131 zu 46 Stimmen bei 10 Enthaltungen. Für Palmöl enthält das Abkommen Bestimmungen zur Nachhaltigkeit. Für Diskussionen sorgte im Rat ein Zusatz, den eine linke Minderheit zur Gewährleistung einer nachhaltigen Palmölproduktion in den Beschlusstext aufnehmen wollte. Sie wollte damit sicherstellen, dass nur nachhaltiges Palmöl Zollpräferenzen erhält. Die bürgerliche Mehrheit des Rates stellte sich hinter das Abkommen. Die FDP erachtet Freihandelsabkommen für den Standort Schweiz als wichtig, denn sie dienen der Erschliessung neuer Märkte – gerade auch für die vielen exportorientierten KMU. Indonesien ist mit seinen 260 Mio. Einwohnern ein sehr interessanter und im Wachstum begriffener Markt. Die FDP unterstützt die Kapitel über soziale und ökologische Nachhaltigkeit, die das Abkommen beinhaltet. Dieses geht nun an den Ständerat.

14. Geschäfte des Ständerats

Versicherungen: In der Sondersession hatte der Nationalrat das Versicherungsvertragsgesetz zugunsten von Konsumenten und KMU nachgebessert. Der Ständerat hat die Vorlage wieder zugunsten der Versicherungen gedreht. So lehnte er etwa die vom Nationalrat beschlossene Nachhaftung bei Krankenzusatzversicherungen ab. Zum Widerrufsrecht bei wesentlichen Vertragsänderungen sagte er ebenfalls Nein. Zudem sollen kollektive Taggeldversicherungen nicht nur von den Versicherten, sondern auch von den Versicherern ordentlich gekündigt werden können. Zugunsten der Versicherten hat der Ständerat unter anderem die Möglichkeit von Abschlagszahlungen in umstrittenen Fällen beschlossen. Die Linke enthielt sich in der Gesamtabstimmung der Stimme. Nun ist wieder der Nationalrat am Zug. Die FDP hatte zuletzt im NR verschiedene Änderungen zugunsten der Versicherten unterstützt. Allerdings darf es auch nicht zu einer Überregulierung kommen, welche die Versicherungsprodukte unnötig verteuert oder zu komplizierten Rechtsstreits führt. Das Gesetz muss in der Praxis anwendbar bleiben.

Tabac : Un premier projet de loi sur les produits du tabac avait été renvoyé par le Parlement au Conseil fédéral en 2016. Le Conseil des Etats souhaite désormais interdire la publicité pour le tabac dans les journaux, les revues et sur Internet. La publicité dans les cinémas, sur des articles de consommation courante et dans les points de vente resterait néanmoins possible. L'industrie du tabac ne pourrait plus parrainer d'événements à caractère international ni d'activités organisées par la Confédération, les cantons et les communes. Elle devrait aussi déclarer annuellement le montant des dépenses consacrées à la publicité, à la promotion et au parrainage. La vente de cigarettes aux moins de 18 ans doit être élargie à toute la Suisse. Le vapotage - avec ou sans nicotine - ainsi que les produits du tabac à chauffer seraient interdits dans les lieux où il est actuellement interdit de fumer. Le Conseil fédéral devrait par ailleurs créer les bases légales permettant l'imposition des cigarettes électroniques. Pour le PLR, il est essentiel que la

publicité ciblée sur les jeunes soient interdites. Pour le reste, les interventions dans la liberté économique des entreprises doivent être limitées à un minimum.

Rachat dans le 3^{ème} pilier : le Conseil des Etats s'est montré favorable à l'introduction d'un droit de rachat rétroactif dans le 3^{ème} pilier. Cette possibilité serait assortie de conditions. Le rachat ne serait possible que tous les cinq ans et sa somme serait limitée au montant maximum donnant droit à une déduction fiscale. Le Conseil national devra maintenant confirmer cette décision. Dans sa résolution « [Redonner confiance en notre prévoyance vieillesse](#) », adoptée en mai dernier, le PLR revendiquait la possibilité d'effectuer des rachats dans le 3^{ème} pilier.

Assurance-invalidité : Le Conseil des Etats soutient lui aussi la réforme de l'AI qui prévoit de faciliter la réinsertion professionnelle des jeunes et des personnes avec des troubles psychiques. Il ne suit cependant pas le National sur la question de la réduction des prestations pour les enfants de rentiers. Pour rappel, le groupe libéral-radical, tout comme une majorité de la chambre basse, avait soutenu en mars dernier une adaptation de ces prestations de 40 à 30% de la rente du parent. Il estimait d'une part que la stabilisation des finances de l'AI était prioritaire, cette assurance ayant encore une dette de près de 10 milliards de francs auprès de l'AVS. D'autre part, il considérait anormal que des parents actifs sur le marché du travail se trouvent dans une situation financière plus difficile que des parents au bénéfice d'une rente AI. Le travail devrait, selon le PLR, toujours être encouragé.

Zivildienst: Der Wechsel von der Armee in den Zivildienst soll erschwert werden. Der Ständerat hat am Mittwoch als Erstrat ein Massnahmenpaket dazu gutgeheissen, mit 26 zu 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die FDP unterstützt die Massnahmen klar, denn heute besteht faktisch Wahlfreiheit zwischen Militär- und Zivildienst, was nicht der Verfassung entspricht. Der Rat stimmte sieben von acht Massnahmen, die der Bundesrat vorgeschlagen hat, zu. Der Zivildienst soll – wie heute – anderthalb mal so lange dauern wie der Militärdienst, neu jedoch mindestens 150 Diensttage. Heute werden die bereits geleisteten Militärdiensttage angerechnet. Die Mindestzahl verlängert die Dienstzeit für jene, die ab dem ersten Wiederholungskurs wechseln. Ausserdem wollen der Bundesrat und der Ständerat für den Wechsel aus der Armee in den Zivildienst eine Wartefrist von zwölf Monaten einführen. Auslandseinsätze sollen weiterhin möglich sein.

Zivilschutz: Der Ständerat stimmt der Revision des Zivilschutzgesetzes klar zu. Die klare Zustimmung ist das Ergebnis der intensiven Vorarbeiten der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates. Das Gesetz war in der Kommission des Erstrates zunächst stark umstritten, da insbesondere die Kantone, die für den Vollzug des Zivilschutzes verantwortlich zeichnen, grössere Bedenken äusserten (wobei es insbesondere um die Kompetenzteilung zwischen Bund und Kantonen sowie um finanzielle Aspekte ging). Deshalb wurde im Frühling 2019 eine Subko unter der Leitung von NR Walter Müller (FDP) eingesetzt, die zusammen mit Bund und Kantonen eine tragfähige Lösung erarbeiteten. Im Ständerat gab letztlich nur noch die Frage der Durchdienereinsätze zu reden. Diese wurden abgelehnt. Die Vorlage geht mit wenigen Differenzen im Winter zurück an den Nationalrat.

Internationales Genf: Die Schweiz als Gaststaat internationaler Organisationen soll gestärkt werden. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat den Einsatz von 111,8 Millionen Franken für die Jahre 2020-2023 gutgeheissen. Der Entscheid fiel ohne Gegenstimme. Für die Umsetzung der Massnahmen stellt der Bund einen Zahlungsrahmen von 103,8 Millionen Franken sowie einen Rahmenkredit von 8 Millionen Franken zur Erhöhung des Aussenschutzes der internationalen Organisationen zur Verfügung. Das Parlament sei sich der Bedeutung des internationalen Genfs für die Schweiz bewusst, sagte Ständerätin Liliane Maury Pasquier (SP/GE) im Namen der Aussenpolitischen Kommission. Die FDP teilt diese Sichtweise und unterstützt den Kredit.

Verordnungsveto: Der Ständerat ist gegen ein Verordnungsveto. Er hat eine Vorlage aus dem Nationalrat klar abgelehnt. Diese geht zurück auf eine parlamentarische Initiative von Nationalrat Thomas Aeschi (SVP/ZG). Dieser will mit dem Veto verhindern, dass der Bundesrat Verordnungen erlassen kann, die

nicht dem Willen des Parlaments entsprechen. Die Mehrheit des Ständerats hält das für verfassungswidrig und für eine Verletzung der Gewaltenteilung. Die FDP hat sich in der Vernehmlassung und im Nationalrat für die Vorlage ausgesprochen, weil es in den letzten Jahren immer wieder vorkam, dass der Bundesrat dem Willen des Gesetzgebers nicht genügend Rechnung getragen hat. Die Vorlage geht nun zurück an den Nationalrat.

Burka-Verbot: Der Ständerat empfiehlt die Volksinitiative für ein landesweites Verhüllungsverbot zur Ablehnung, mit 34 gegen 9 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats unterstützt er hingegen. Hinter der Volksinitiative "Ja zum Verhüllungsverbot" steht das "Egerkinger Komitee". Das Begehren fordert ein landesweites Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum, ohne Ausnahme für Touristinnen. Der Gegenvorschlag will festschreiben, dass künftig zu Identifizierungszwecken das Gesicht gezeigt werden muss. Bei Verstössen drohen Bussen. Die FDP lehnt ein Totalverbot mehrheitlich ab, fordert aber klare Konsequenzen beim Tragen der Burka. Die gesetzlichen Instrumente im Ausländerrecht sind heute bereits vorhanden, um den negativen Effekten der Verhüllung konsequent zu begegnen. In diesem Sinne unterstützt die FDP auch den indirekten Gegenvorschlag ihrer Bundesrätin. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

Unternehmensverantwortungsinitiative: Der Ständerat beschloss auf Antrag von FDP-SR Ruedi Noser die Beratung der Unternehmensverantwortungsinitiative und eines entsprechenden indirekten Gegenvorschlags zu verschieben. Vor wenigen Wochen erst brachte der Bundesrat einen neuen Vorschlag in die Diskussion um einen indirekten Gegenvorschlag ein. Der Vorschlag des BR lehnt sich an die Nachhaltigkeitsrichtlinie der EU, ist dadurch international koordiniert und würde daher die Schweiz nicht benachteiligen. Die vorbereitende Kommission des Ständerates hatte nicht genügend Zeit, um diesen Vorschlag des Bundesrates vertieft prüfen zu können. Die FDP begrüsst, dass die Diskussion dieses konstruktiven und realistischen Vorschlags durch die Verschiebung der Debatte nun möglich ist.

Erbrecht: Der Ständerat ist einverstanden damit, das über 100-Jährige Erbrecht den heutigen Lebensumständen und Familienverhältnissen anzupassen. Er hat dem revidierten Erbrecht ohne Gegenstimme zugestimmt. Die Revision geht auf eine Motion von FDP SR Felix Gutzwiller aus dem Jahre 2010 zurück. Dem liberalen Gedanken entsprechend sollen Erblasser über einen grösseren Teil des Nachlasses frei verfügen können. Der Pflichtteil der Nachkommen wird von drei Vierteln auf die Hälfte des gesetzlichen Erbanspruchs reduziert, jener der Eltern entfällt ganz. Durchgefallen ist der neue Unterstützungsanspruch für Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, die sonst in die Armut abrutschen würden. Die Mehrheit auch der FDP Fraktion hatte Vorbehalte gegen die neue Rente zu Lasten der Erben. Mit der Reform wird die Freiheit der Erblasser ausreichend ausgedehnt, um den Lebenspartner oder die Lebenspartnerin unterstützen zu können. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat.

Ausbau erneuerbare Energie: Der Ständerat will den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben. Er hat eine Motion unseres SR Damian Müller angenommen, die verlangt, mit diesem Ziel eine vorübergehende Verschuldung des Netzzuschlagsfonds zu prüfen. Der Fonds hat per Ende 2018 Gelder von fast einer Milliarde Schweizer Franken ausgewiesen. Dennoch kommt der Abbau der Wartelisten für Photovoltaikprojekte nicht vom Fleck. Dies wirkt sich hemmend auf Investitionen aus. Mit einer vorübergehenden Verschuldung kann zumindest ein Teil der Mittel des Fonds schneller eingesetzt werden.

15. Vorstösse der FDP-Liberale Fraktion

Ip. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Wasserfallen). Vorwärtsstrategie: Forschungsabkommen mit dem Vereinigten Königreich

Text

Das bilaterale Verhältnis zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich fusst heute im Wesentlichen auf den bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU. Als Folge des Austritts Grossbritanniens aus der EU wird das rechtliche Fundament des schweizerisch-britischen bilateralen Verhältnisses teilweise wegbrechen. Der Bundesrat verfolgt mit der vorausschauenden „Mind the Gap“-Strategie die langfristige Absicherung der unter den bilateralen Verträgen erworbenen Rechte und Pflichten. Die besagte Strategie fokussiert bislang stark auf die Wirtschaftsbeteiligten. Die Forschungszusammenarbeit steht hingegen nicht im Fokus der ansonsten sehr begrüßenswerten Strategie. Gerade im Forschungsbereich könnten sich – auch vor dem Hintergrund einer drohenden nicht-Assoziation der Schweiz an Horizon Europe – für beide Seiten grosse Chancen ergeben. Aus diesem Grund bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- › Welche Gefahren erkennt der Bundesrat im Brexit für die Forschungszusammenarbeit mit UK?
- › Ist der Bundesrat bereit, für den Fall, dass UK und/oder die Schweiz zukünftig nicht mehr mit dem EU-Forschungsrahmenprogramm assoziiert wären, ein bilaterales Forschungsabkommen mit UK ins Auge zu fassen?
- › Hat der Bundesrat auf der UK-Seite bereits die Möglichkeit für gemeinsame Forschungsprogramme sondiert?
- › Welche Anstrengungen unternimmt der Bundesrat, um die Forschungszusammenarbeit mit starken Forschungsnationen ausserhalb der EU (z.B. Südkorea, Japan, Singapur, USA) zu intensivieren?

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Vitali). Klare Verantwortlichkeiten für bundesnahe Betriebe

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen dahingehend zu ergänzen, dass bei der Führung bundesnaher Betriebe folgende Aspekte klar und einheitlich definiert werden: Vorgehen für die Wahl der Verwaltungsräte, genaue Zuständigkeiten bei der Formulierung der strategischen Unternehmensziele und bei der Eignerstrategie und Umgang mit Interessenskonflikten. Mit der Anpassung der gesetzlichen Grundlagen sollen die „Good Governance“ Empfehlungen der OECD 2015 weitgehend erfüllt werden.

Begründung

Die Schlussfolgerungen des vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Expertenberichts zur Corporate Governance sind unbefriedigend. Viele Punkte, welche mit einer optimalen Steuerung bundesnaher Betriebe einhergehen würden, werden nicht erfüllt oder wurden nicht adressiert. Der Bericht endet zwar mit 14 Empfehlungen zur Verbesserung der Führung der staatsnahen Betriebe, der Bundesrat hat den Bericht aber als insgesamt positiv zur Kenntnis genommen und nur fünf Massnahmen beschlossen.

Die Interessenskonflikte des Bundes durch seine unterschiedlichen Rollen bei bundesnahen Unternehmen – als Besitzer, Regulator und Auftraggeber – sowie die daraus resultierenden Zielkonflikte und Marktverzerrungen werden mit diesen fünf Massnahmen bei weitem nicht behoben. Sie müssen aber zwingend geklärt werden. Diese Motion fordert daher eine umfassende Klärung der Prozesse und Verantwortlichkeiten.

Der Expertenbericht kommt verschiedentlich zum Schluss, dass Rollen, Aufgaben und Informationsaustausch nicht verbindlich umschrieben werden. Dies führt zu Unsicherheiten, verstärkt die Informationsasymmetrie und schwächt die Verantwortlichkeiten. Dies ist weder im Interesse des Bundes, der bundesnahen Betriebe noch der Bürger. Durch die Wahrnehmung der Eignerrolle hat der Bund eine beträchtliche finanzielle Einbindung in bundesnahe Betriebe und eine treuhänderische Verantwortung gegenüber seinen Bürgern. Es ist daher im Interesse des Bundes und der Bürger als Eigentümer, dass die Verant-

wortlichkeiten transparent geregelt sind und die Steuerung dieser Betriebe optimal und nachhaltig verläuft.

Ip. Groupe Libéral-Radical (Orateur CN Borloz). Single European Sky : à quand un trafic aérien plus écologique et plus performant ?

Texte

Le ciel européen est aujourd'hui encore fragmenté. Les Etats conservent une part importante des compétences en matière de trafic aérien au-dessus de leur territoire. Ce manque d'uniformité a des conséquences néfastes à plusieurs niveaux. Le niveau de sécurité d'un ciel non uniformisé à l'échelle continentale est insuffisant. L'absence d'une harmonisation des routes aériennes génère en outre des émissions de gaz à effet de serre qui pourraient et devraient être évitées.

Lancé en 2004 à l'instigation des Etats européens et de la Commission européenne, le projet Single European Sky a pour objectif d'offrir un espace aérien européen plus sûr, plus respectueux de l'environnement et plus performant. Un tel projet est bien évidemment à saluer. Toutefois, une quinzaine d'années après son lancement, force est de constater que sa mise en œuvre est en panne de vitesse.

Le Conseil fédéral est donc prié de répondre aux questions suivantes :

1. Quel pourcentage des émissions de CO2 du trafic aérien continental pourrait être évité, si le ciel européen était parfaitement harmonisé ?
2. Quel est l'état d'avancement de la mise en œuvre du projet d'uniformisation Single European Sky et quelles sont les prochaines étapes prévues ?
3. Single European Sky connaît du retard depuis son lancement. Quelles en sont les raisons ?
4. Qu'entreprind le Conseil fédéral pour assurer l'avancement de ce projet ?
5. La commission européenne a rendu public en avril 2019 un rapport dans lequel sont émises plusieurs recommandations législatives en lien avec ce projet. Quelles en seront les conséquences pour la Suisse ?

Mo. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Wasserfallen). Genomeditierung zugunsten der Umwelt ermöglichen

Text

Der Bundesrat wird aufgefordert, die gesetzliche Grundlage zu schaffen, die den Anbau von genomeditierten Pflanzen, denen kein artfremdes Erbgut eingefügt wurde, regelt und klarstellt, dass diese nicht in den Anwendungsbereich des Gentechnikgesetzes (GTG) und damit insbesondere nicht unter das Gentechnikverbot fallen. Damit soll der Genomeditierung der Weg geebnet werden, um ihr Potential als Alternative zum Einsatz von umweltbelastenden Pflanzenschutzmitteln in der Lebensmittelproduktion zu entfalten.

Begründung

Seit der letzten Verlängerung des Moratoriums für den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bis Ende 2021 hat die Wissenschaft erneut bahnbrechende Fortschritte gemacht. So wurde u.a. die Technik der Genomeditierung weiterentwickelt, welche sich fundamental von den herkömmlichen gentechnischen Verfahren unterscheidet. Sie eröffnet die Möglichkeit zur Veränderung des bestehenden Erbguts eines Organismus, wie dies auch natürlich aufgrund einer zufälligen Mutation geschehen könnte. Das Resultat lässt sich denn auch nicht von mittels herkömmlicher Züchtungsverfahren veränderter Organismen unterscheiden und ist genauso sicher. Pflanzen, die mit weit weniger präzisen konventionellen Methoden der Genveränderung hergestellt wurden, unterstehen nicht dem Gentechnikgesetz. Wissenschaftliche Grün-

de, warum identische genetische Veränderungen abhängig von der Methode der Erzeugung völlig unterschiedlich reguliert werden sollen, sind nicht ersichtlich. Zudem würde die klare Regelung der Genomeditierung auch der Förderung von Innovation und Forschung in diesem Bereich helfen, weil weiterhin ein enormes, weltweites Potenzial z.B. zugunsten der Ernährungssicherheit besteht. Die Schweiz könnte als Innovationsstandort eine führende Rolle übernehmen und einen wichtigen Beitrag leisten. Speziell im Hinblick auf den Umweltschutz und dem Ziel der Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmittel liegen enorme Chancen in dieser neuen Technik. Mit der Genomeditierung kann mit weniger belastenden Methoden und Produkten zu einem effektiveren Umweltschutz und einem effizienteren Anbau von Nahrungsmitteln beigetragen werden. Aus diesen Gründen soll der Bundesrat genomeditierte Pflanzen vom Anwendungsbereich des GTG ausnehmen und eine gesetzliche Grundlage schaffen, welche die Koexistenz von genomeditierten und mittels herkömmlicher Methoden veränderten Pflanzen regelt.

Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Burkart). Auslegeordnung zum Potenzial von Fernwärme- und Fernkälteanlagen

Text

Im Hinblick auf die Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050 und der angekündigten Netto-Null-Emissionen bis 2050 wird der Bundesrat aufgefordert, in einem Bericht das Potenzial von Fernwärme- und Fernkälteanlagen aus erneuerbaren Energien zur Reduktion von CO₂-Emissionen und zur Sicherung der Energieversorgung aufzuzeigen. Dabei soll er auch darlegen, wie dieses Potenzial in der Schweiz besser ausgeschöpft werden kann, welche Rolle dabei den Kantonen und Gemeinden, insbesondere den städtischen Energieversorgern, zukommt und was die aktuellen Hindernisse sind. Teil dieser Auslegeordnung sollen Vergleiche mit dem Ausland, die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden, die überregionale räumliche Koordination bei der Planung und Umsetzung von Energieinfrastrukturanlagen sowie weitere Interessenskonflikte wie auch die regulatorischen Rahmenbedingungen sein.

Begründung

Fernwärmeanlagen ermöglichen über die Nutzung von Abwärme und erneuerbarer Energien das Bereitstellen von Wärme und von Kälte für Haushalte und Industrie mit deutlich weniger CO₂-Emissionen. Fernwärme- und Fernkälteinfrastrukturen sind darum ein wichtiges Element zur Erreichung der ambitionierten Ziele der Energiestrategie 2050 und des neu angekündigten Zieles für Netto-Null-Emissionen bis 2050. Jedoch ist weiterhin unklar, wie gross das Potenzial dieser Technologie wirklich ist. Das liegt unter anderem daran, dass weiterhin eine umfassende Statistik zum Verbrauch, den CO₂-Emissionen oder den eingesetzten Energieträgern in der Fernwärmeindustrie fehlt. Der Bundesrat wird darum aufgefordert, eine umfassende Untersuchung der Ausgangslage in Zusammenarbeit mit den betroffenen Akteuren durchzuführen. Teil dieser Untersuchung müssen die regulatorischen Hindernisse wie auch die Herausforderungen bei der Aufgabenteilung zwischen dem Bund, den Kantonen und Gemeinden sein. Schliesslich liegt es auch am Bundesrat aufzuzeigen, welche Handlungsoptionen daraus resultieren und wo es primär Verbesserungen am heutigen System benötigt, um das bestehende Potenzial besser auszuschöpfen.

Po. FDP-Liberale Fraktion (Sprecher NR Jauslin). Zukunftsfähige Mobilität ermöglichen

Text

Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, wie im Hinblick auf das langfristige Ziel der Dekarbonisierung des Strassenverkehrs Pilotregionen etabliert werden können, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Der Bundesrat soll aufzeigen wie entsprechende öffentliche und privatfinanzierte Projekte (PPP) unter Einbezug von Hochschulen und der Industrie gefördert werden können. Zudem soll er darlegen, wie die notwendige Infrastruktur (z.B. Ladestationen, Produktion und Verteilung

alternativer Treibstoffe) für diese zukunftsfähige Mobilitätsprojekte finanziert werden kann. Dabei soll er auf die Möglichkeit der Verwendung des Treibstoffkompensationsprogramms eingehen.

Begründung

Der Verkehr ist heute mit ca. 32% der Hauptverursacher der Schweizer CO₂-Emissionen. Das Ziel des Bundesrates, bis 2050 Emissionen auf Netto-Null zu begrenzen, bedingt, dass die zukünftige Mobilität dekarbonisiert wird. Dementsprechend muss unser Verkehrsverhalten angepasst werden. Die notwendigen Technologien, welche dieses Vorhaben ermöglichen, existieren bereits. Was fehlt sind konkrete Erfahrungen hinsichtlich der grossflächigen Umsetzung von autonomem und CO₂-freiem Verkehr. Diese Erfahrungen sind nötig, weil sie die schweizweite Adoption erleichtern und die Basis für neue, innovative Verkehrslösungen legen. Der Bundesrat soll darum die Voraussetzungen schaffen damit in öffentlich- und privatfinanzierten Projekten und unter Einbezug der Hochschulen und Industrie passende Mobilitätskonzepte realisiert und simuliert werden können.

16. Schlussabstimmungen

Mit den Schlussabstimmungen haben die eidgenössischen Räte am Freitag die Herbstsession abgeschlossen. 13 Vorlagen kamen parlamentarisch unter Dach und Fach:

- › mit 126 zu 66 Stimmen bei 4 Enthaltungen (Nationalrat) und 29 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen (Ständerat) der Bundesbeschluss, mit dem die Volksinitiative "Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie" zur Ablehnung empfohlen wird;
- › mit 129 zu 66 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 31 zu 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen der indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub, der für Väter nach der Geburt eines Kindes zwei Wochen bezahlten Urlaub vorsieht;
- › mit 132 zu 62 Stimmen 3 bei Enthaltungen und 25 zu 17 Stimmen bei 3 Enthaltungen eine Änderung im Gesetz über die direkte Bundessteuer, mit der die Abzüge für die Drittbetreuung von Kindern von 10'100 Franken auf 25'000 Franken und der allgemeine Kinderabzug bei der Bundessteuer von 6500 auf 10'000 Franken erhöht wird;
- › mit 117 zu 71 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 28 zu 16 Stimmen bei 1 Enthaltungen die Änderung des Jagdgesetzes, mit der der Schutz des Wolfes gelockert wird;
- › mit 144 zu 51 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 35 zu 2 Stimmen bei 8 Enthaltungen das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste, mit dem die Verwendung der vom Bund anerkannten E-ID für Online-Geschäfte und Behördenkontakte geregelt wird;
- › mit 194 zu 2 Stimmen und 43 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen die Änderungen im Urheberrechtsgesetz, mit denen das Urheberrecht ans Internet-Zeitalter angepasst und dabei der Schutz von Kulturschaffenden verbessert wird;
- › mit 130 zu 58 Stimmen bei 9 Enthaltungen und 31 zu 7 Stimmen bei 7 Enthaltungen die Änderung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz (NHG), mit der die Rolle der Natur- und Heimatschutzkommission präzisiert wird;
- › mit 132 zu 63 Stimmen 2 bei Enthaltungen und 31 zu 11 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Änderung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz, mit der die Unterstützung für die Sanierung belasteter Schiessstandorte verlängert wird;
- › mit 196 zu 1 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen eine Änderung des Umweltschutzgesetzes, mit der das Inverkehrbringen von illegal geschlagenem Holz verboten wird;
- › mit 196 zu 1 Stimmen und 45 zu 0 Stimmen eine Änderung im Gesetz über Familienzulagen, mit der Ausbildungszulagen künftig schon ab 15 Jahren ausbezahlt werden;
- › mit 138 zu 52 Stimmen bei 7 Enthaltungen und 45 zu 0 Stimmen eine Vereinbarung der Schweiz, Norwegens, Islands und Liechtensteins mit der Europäischen Union. Damit kann sich die Schweiz an der EU-Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen (eu-Lisa) beteiligen;
- › mit 132 zu 61 Stimmen und 41 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen das Bundesgesetz, das die finanzielle Unterstützung des Bundes an die Kantone bei der Kontrolle regelt, ob die Stellenmeldepflicht eingehalten wird;

- › mit 144 zu 22 Stimmen bei 31 Enthaltungen und 43 zu 0 Stimmen eine Änderung im Militärgesetz, mit der neu auch Unteroffiziere eine finanzielle Gutschrift erhalten, die sie für die zivile Ausbildung nutzen können.

Die Volksinitiative kommt direkt zur Abstimmung, sofern sie nicht zurückgezogen wird. Alle anderen Vorlagen unterstehen dem fakultativen Referendum.

Ein solches haben Umweltorganisationen zur Revision des Jagdgesetzes angekündigt. Die SP hat ein Referendum gegen das Gesetz über die direkte Bundessteuer angekündigt, wegen des erhöhten allgemeinen Kinderabzuges. Gegen das Gesetz für die Schaffung einer E-ID schliesslich hat ein Bündnis um die Digitale Gesellschaft und die Demokratie-Plattform WeCollect das Referendum angekündigt.